

4.2 Politische Parteien

Andreas Ladner,
IDHEAP, Chavannes-près-Renens

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	
1	Einleitung	54
2	Entstehung und Entwicklung	56
4	Der Wandel der Parteien	64
5	Verankerung in der Bevölkerung	67
6	Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung	73

1 Einleitung

Die Schweiz ist kein Parteienstaat. Den Schweizer Parteien wird in der Regel – und nicht zu unrecht – eine schwache Stellung in Staat und Gesellschaft zugeschrieben (vgl. z.B. Rhinow 1986: 105; Longchamp 1994: 25; Rickenbacher 1995: 13; Ladner 1999a). Als Belege dafür angeführt werden nicht nur die lange Zeit fehlende Anerkennung der Parteien in der Verfassung,¹ sondern vor allem ihre Rolle im politischen Entscheidungsprozess, in dem sie, wie etwa im Vernehmlassungsverfahren, mit den Interessenverbänden einer starken Konkurrenz ausgesetzt sind (Neidhart 1986). Weiter geschwächt wurde die Stellung der Parteien im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts durch Veränderungen im politischen Meinungsbildungsprozess. Die parteiungebundenen Medien haben die Parteipresse abgelöst und aus einer einst dominierenden Stellung ist in der heutigen «Mediendemokratie» (Sarcinelli 1997) im besten Fall ein symbiotisches Verhältnis geworden (vgl. Ladner 2005: 57f.). Und neues Ungemach droht den Parteien schliesslich durch die geplante Einführung des elektronischen Wählens. «Wahlhilfen» wie beispielsweise www.smartvote.ch stellen die Bedeutung der Parteizugehörigkeit der Kandidierenden in den Hintergrund, und die Parteien könnten ihre Monopolstellung bei der Rekrutierung politischer Mandatsträger verlustig gehen (vgl. Ladner 2005: 70f.).

Zentrale Indizien für die schwache Stellung der Parteien finden sich aber vor allem auf der Ebene ihrer Organisationen. Diese sind klein, verfügen über einen wenig professionalisierten Parteiapparat und – da die Schweiz keine staatliche Parteienfinanzierung kennt – beschränkte finanzielle Ressourcen. Hinzu kommen eine schwache Zentralisierung und eine geringe parteiinterne Homogenität.

Als Ursachen für die schwache Stellung der Parteien können eine Reihe von charakteristischen Eigenheiten der Schweiz und ihres politischen Systems genannt werden: Die *soziale und kulturelle Heterogenität*, das Zusammenfallen von vier Sprachgruppen, zwei Konfessionen sowie durch die Besiedlung und die Wirtschaftsstruktur bedingte Unterschiede, stellen die Parteien vor grosse Integrationsaufgaben. Die *Kleinheit des Landes* schmälert das Rekrutierungspotential und fördert das bereits in der politischen Kultur verankerte *Milizsystem* als dominierendes Organisationsprinzip. Wenn auch durch die Rollenverbindungen der gesellschaftlichen und politischen Subsysteme Vorteile entstehen (Neidhart 1986: 42), wird ein grosser Teil der politischen Arbeit von «Feierabendpolitikern» verrichtet und bleibt daher über weite Strecken unprofessionell. Die Parteien ihrerseits können ihren Mitgliedern nur zu unbezahlten Milizämtern verhelfen, sodass ihnen die Möglichkeit der Ämterpatronage nur in beschränktem Masse zusätzliche Attraktivität verschafft.

Auch der ausgeprägte *Föderalismus* und die *Gemeindeautonomie* erschweren die Herausbildung starker und zentralisierter Parteiorganisationen auf nationaler Ebene. Der Aufbau der Parteien passt sich dem kleinräumigen politischen System mit territorial stark untergliederten Wahlkreisen an. Entsprechend finden sich Quartier- und Kreisparteien, eine oder mehrere Gemeinden umfassende Lokalparteien, Bezirksparteien, Kantonalparteien und nationale Parteien. Das Resultat ist eine grosse Komplexität auf kleinem Raum. Zur Jahrtausendwende belief sich das Parteienangebot für die rund 4,7 Mio. Stimmberechtigten auf 14 national aktive Parteien, ca. 180 Kantonalparteien und ca. 5000 Lokalparteien.

Im Vergleich zu den nationalen Parteien besitzen die Kantonalparteien einen grösseren Stellenwert innerhalb des politischen Systems der Schweiz (Fagagnini 1978; Hug 1994: 86; Neidhart 1986: 41; Seiler 1987: 119). Noch heute finden sich die Parteien je nach Kanton in unterschiedliche Parteiensysteme und Kräftekonstellationen eingebunden (Ladner 2003, 2004b). Darüber hinaus sind sie nicht in allen Kantonen in denselben Segmenten der Bevölkerung verankert. Häufig ist man deshalb versucht, nicht von einem, sondern von 26 verschiedenen Parteiensystemen der Schweiz zu sprechen. Die nationalen Parteien sehen sich dabei mit einem enormen Koordinationsaufwand konfrontiert und haben nicht selten Schwierigkeiten, alle Kantonalparteien auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen. Der dezentralisierte Parteaufbau erhöht allerdings auch die Flexibilität im Umgang mit lokalen und regionalen Gegebenheiten (Kriesi 1986: 337) und ermöglicht breitere Identifikationsmöglichkeiten. Je nach Bedarf können sich die Parteimitglieder stärker mit der nationalen Partei oder mit ihrer allenfalls abweichenden Kantonalpartei identifizieren.

Das Schweizer System der *direkten Demokratie* hat ursprünglich zur frühen Herausbildung der politischen Parteien beigetragen (Gruner 1977: 25ff.). Heute, so die Lehrmeinung, schwächt es aber deren Stellung (Gruner 1984: 150), da finanzkräftige Interessenverbände und mobilisierungsfähige soziale Bewegungen die Parteien in Abstimmungskämpfen überflügeln. Daneben ist die Bedeutung der Wahlen relativ gering, weil für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger immer noch die Möglichkeit bestehen bleibt, missliebige Entscheide der Parteien an der Urne zu korrigieren. Neuere Studien zeigen aber auch, dass in den Kantonen, in denen es häufig zu Initiativen und fakultativen Referenden kommt, die Parteien besser organisiert sind als in anderen Kantonen (Ladner und Brändle 1999). Die Parteien werden durch eine grössere Zahl direktdemokratischer Vorlagen veranlasst, sich kontinuierlich politisch zu betätigen, was sich in einer professionelleren Organisationsstruktur niederschlagen kann.

Das *Konkordanzsystem* mit seinen Zauberformeln sorgt für Stabilität und gewährt den Parteien eine hohe Erwartungssicherheit, es «verführt» sie aber auch zu einer «elektoralen Bescheidenheit». Häufig sind die Regierungen, wie

beispielsweise der Bundesrat (nationale Regierung) für den Zeitraum zwischen 1959 und 2003, nach einem gleich bleibenden Parteienproporz zusammengesetzt. Damit einher geht eine Kartellbildung unter den Regierungsparteien und Wettbewerbselemente treten in den Hintergrund. Profiteure sind vor allem die grossen Parteien, während den Kleinen der Zugang zu Exekutivmandaten verwehrt bleibt. Das mit dem Konkordanzsystem verbundene *Kollegialitätsprinzip*, wonach die Regierungsvertreter der verschiedenen Parteien die wichtigen Entscheidungen gemeinsam zu fällen und nach aussen zu vertreten haben, erschwert den einzelnen Parteien zudem eine klare politische Profilierung.

2 Entstehung und Entwicklung

Als Vorläuferakteure der Schweizer Parteien traten in der *ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts* wenig strukturierte politische Bewegungen in Erscheinung, die sich aufgrund gemeinsamer Ideen um bekannte Politiker herum bildeten (Segesser 1996: 234).² Erste Parteien im heutigen Sinn entstanden in denjenigen Kantonen, in denen der Kampf um die Demokratisierung besonders früh und heftig einsetzte. Namentlich sind dies St. Gallen, Baselland, Luzern, Wallis, Waadt und Bern (Gruner 1964: 275).

Als erste Partei auf nationaler Ebene formierte sich im Jahr 1888 die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP). Als direkte Folge davon begannen sich auch die anderen Kräfte straffer zu organisieren: Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) wurde 1894 und die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) 1912 auf nationaler Ebene gegründet. Im Jahr 1936 folgte schliesslich die Gründung der Schweizerischen Volkspartei (SVP).³ Konstitutiv für die Herausbildung des Parteiensystems waren auch in der Schweiz die *vier Cleavages von Lipset und Rokkan* (1967). Die Katholisch-Konservativen standen den Liberalen sowohl im Zentrum-Peripherie- wie auch im Staat-Kirche-Konflikt gegenüber. Ersterer mündete in den Sonderbundskrieg (1847), letzterer manifestierte sich vor allem im Kulturkampf. Der Konflikt Arbeit-Kapital führte zur Herausbildung der SP, und der Stadt-Land-Konflikt zog schliesslich die Gründung der SVP nach sich.

Als charakteristisch für die Schweizer Parteien gilt, dass sie nicht aus Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees entstanden sind, sondern direkt aus Bürgervereinen als *Organisationen des wahl- und stimmberechtigten Volkes* (Gruner 1977: 25ff.), die zuerst mit Petitionen und Bittschriften und später mit Referenden und Wahlen die Umwälzung und Demokratisierung vieler Kantone erreichten. Charakteristisch ist weiter, dass sich die Parteien zuerst in den Kantonen und Gemeinden organisierten und sich erst relativ spät in nationalen Parteiorganisationen zusammenschlossen. Mit Bezug auf ihre Entstehungs-

geschichte können die Schweizer Parteien sowohl als «Kinder der Volksrechte» (Gruner 1977) wie auch als «Kinder der Kantone» (Vatter 2002) bezeichnet werden. Dominiert wurde die Politik seit der Gründung des Bundesstaates 1848 bis weit in das 20. Jahrhundert hinein durch den – ideologisch allerdings sehr heterogen zusammengesetzten – Freisinn, die heutige Freisinnig-Demokratische Partei.

Ausschlaggebend für die Stabilisierung des Schweizer Parteiensystems als Mehrparteiensystem war auf der einen Seite die *Einführung des Proporzwahlverfahrens* 1919 auf nationaler Ebene, welche der absoluten Vormachtstellung der Freisinnigen ein Ende setzte, sowie die schrittweise *Integration der anderen Parteien in die Regierungsverantwortung*. 1891 wurde erstmals ein Vertreter der CVP in den Bundesrat gewählt, 1929 kam ein Vertreter der Bauern und 1943 ein Vertreter der Sozialdemokraten dazu. 1959 etablierte sich die so genannte *Zauberformel*, gemäss der die vier grossen Parteien entsprechend ihrer Stimmenanteile mit zwei (FDP, CVP, SP) oder einem (SVP) Sitz ihre Vertretung fanden. Seit 2003 ist als Folge der massiven Stimmengewinne der SVP der Bundesrat neu zusammengesetzt: jeweils zwei Vertreter für FDP, SVP, SP sowie einer für die CVP.

Ereignisse wie die wirtschaftliche Wachstumsphase in der Nachkriegszeit, der Kalte Krieg, die 1968er-Bewegung, die Rezession in den 1970er Jahren, das Aufkommen der Umweltproblematik, der Fall der Berliner Mauer, die Europafrage, die Globalisierung und die Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren schienen lange Zeit am Schweizer Parteiensystem vorüber zu gehen, ohne grosse Spuren zu hinterlassen. Die Wähleranteile der vier grössten Parteien haben sich zwischen 1919 und 1995, und vor allem zwischen 1945 und 1995, nicht wesentlich verändert (vgl. Abbildung 1). Erst Mitte der 1990er Jahre haben für schweizerische Verhältnisse unübliche Wählerwanderungen eingesetzt. Versucht man trotz der relativ grossen Stabilität die Entwicklung des nationalen Parteiensystems in verschiedene charakteristische Perioden zu unterteilen, so lassen sich mit Blick auf die Dynamik des Parteienwettbewerbs und die Wählerstimmverschiebungen seit dem Zweiten Weltkrieg fünf Phasen unterscheiden:

1950er Jahre bis Anfang 1960er Jahre: Phase der Stabilisierung, gekennzeichnet durch konstante Stimmenanteile der Bundesratsparteien und geringe Polarisierung des Parteiensystems. Die Konkordanz etabliert sich auf Bundesebene und wird 1959 mit der Einführung der Zauberformel gekrönt.

Mitte sechziger bis Anfang 1970er Jahre: Das Parteiensystem gerät in Bewegung. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien, allen voran die CVP, wandern in die Mitte. Über das gesamte Parteiensystem betrachtet findet aber eine Re-Ideologisierung und Polarisierung statt. Das Konkordanzsystem wird zur Diskussion gestellt. Der sozial-liberale Landesring der Unabhängigen (LdU) als

Oppositionspartei und die beiden am rechten Rand politisierenden Parteien Nationale Aktion (NA) und Republikaner verzeichnen auf Kosten der drei grossen Bundesratsparteien kleinere Sitzgewinne. Die Anliegen der 1968er-Bewegung machen sich innerhalb der Parteien bemerkbar. Die Parteien überdenken ihre Organisationsstrukturen, um den Partizipationsbedürfnissen der neuen Generationen Rechnung zu tragen. Links der SP bildet sich eine «ausserparlamentarische Opposition», und verschiedene kleinere Linksparteien entstehen (Maoisten, Revolutionäre Marxistische Liga, Progressive Organisationen Schweiz, Partito Socialista Autonomo).

Mitte 1970er bis Anfang 1980er Jahre: Die Wirtschaftskrise bremst die Dynamik der späten 1960er Jahre. Die Polarisierung des Parteiensystems geht leicht zurück. Die Stellung der Bundesratsparteien konsolidiert sich. Nach dem Linksrutsch bei den Wahlen 1975 wird der Freisinn mit dem Motto «Mehr Freiheit und Eigenverantwortung – weniger Staat» erstmals seit den 1920er Jahren wieder zur stärksten Partei.

Mitte 1980er bis Anfang 1990er Jahre: Die sich bereits seit Beginn der 1980er Jahre abzeichnende Umweltproblematik prägt die Politik. Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und die als Reaktion auf die Grünen entstandene Autopartei (später Freiheits-Partei der Schweiz, FPS) bringen die Bundesratsparteien erneut in Bedrängnis. Der Wähleranteil der vier Bundesratsparteien (FDP, CVP, SP und SVP) fällt 1991 erstmals unter 70%. Die Kräfte der extremen Linken lassen nach, sie schliessen sich anfänglich in einem grün-alternativen Bündnis zusammen und finden dann bei der GPS oder bei der SP eine neue politische Heimat. Die SP beginnt eine pragmatischere Politik zu betreiben.

Seit Anfang der 1990er Jahre: Die SVP steuert unter dem Einfluss von Nationalrat Christoph Blocher und seiner Abwehrhaltung gegen Europa einen klaren und erfolgreichen Rechtskurs. Der SP ist es unter der Leitung von Peter Bodenmann (Parteipräsident von 1990 bis 1997) gelungen, sich als alleinige Kraft im linken und ökologischen Spektrum zu profilieren. An Bedeutung verlieren die kleinen Parteien auf der Rechten, der LdU und in einer ersten Phase auch die Grünen. Für eine Polarisierung des Parteiensystems sorgen nicht mehr die extremeren kleinen Parteien, sondern die beiden grossen Pole SVP und SP. Wenig erfreulich gestaltet sich die Situation der FDP, der es seit dem Fall der Berliner Mauer an einem Feindbild zu fehlen scheint und die es verpasst hat, unter den neuen Voraussetzungen zukunftsweisende liberale Lösungsansätze zu präsentieren. Bei der CVP zeitigen die seit Jahrzehnten andauernden strukturellen Probleme – grosse soziale Heterogenität, Spannungen zwischen Konservativen, Wirtschaftskreisen und Christlich-Sozialen, historisch bedingte Fixiertheit auf die Katholiken, anhaltende Säkularisierung – einschneidende Auswirkungen, sie wird zur schwächsten Bundesratspartei. Ende der 1990er Jahre eröffnet

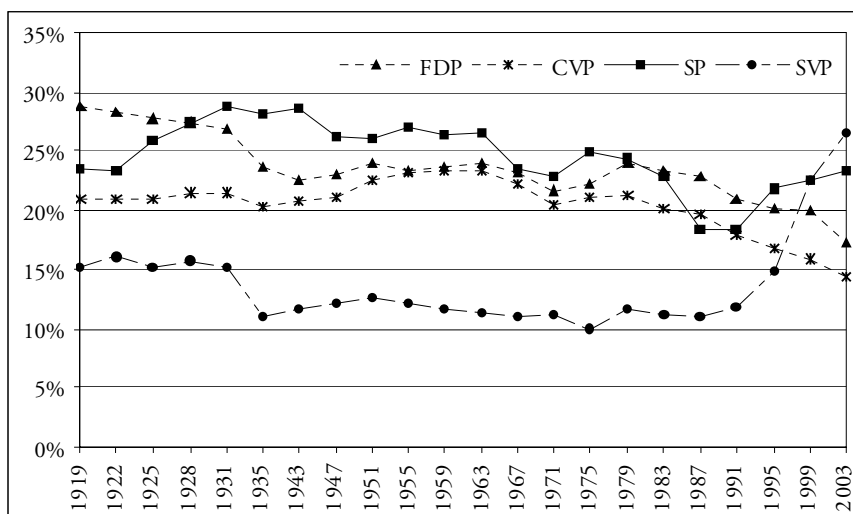
die SVP, die zur stärksten Partei geworden ist, den Kampf um die Vormachtstellung im bürgerlichen Lager und beginnt den Kurs der anderen Parteien zu beeinflussen. Sie fordert einen zweiten Sitz im Bundesrat, den sie 2003 zu Lasten der CVP erhält und mit ihrem Vordenker Christoph Blocher besetzt. Einen zweiten Frühling erleben bei den Nationalratswahlen 2003 die Grünen.

Durch die Erfolge der SVP, insbesondere durch ihr Vordringen in die Stammlande der CVP und in die Westschweiz, sind die kantonalen Parteiensysteme in dieser letzten Phase dem nationalen Muster ähnlicher geworden. In den katholischen Kantonen war die CVP lange die absolut dominante Partei. An ihrer Seite gab es gerade noch Platz für eine deutlich schwächere FDP (Obwalden, Nidwalden) und für eine nicht allzu starke SP (Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Wallis). In den Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg wurde die Politik auf bürgerlicher Seite traditionell durch die Liberale Partei (LPS) mitgeprägt und die SVP vermochte lange Zeit nicht Fuss zu fassen. Seit Mitte der 1990er Jahre gewinnt in diesen Kantonen nun auch die SVP beachtliche Stimmenanteile.

In der Literatur wird diese Entwicklung als Nationalisierung des Parteiensystems bezeichnet. Die Arbeiten von Caramani (2004) und Armingeon (2003) belegen, dass in der Schweiz, stärker als in anderen westeuropäischen Demokratien, die Politikmuster bis in die jüngste Vergangenheit lokal und regional geprägt waren. Mit Blick auf die Verbreitung der Parteiorganisationen lässt sich zeigen, dass es der SVP in der Zentralschweiz und in den Kantonen GE, VS und NE erst seit Ende der 1980er Jahren gelang, Kantonalparteien zu gründen (vgl. Ladner 2004a: 343ff.), und die Wahlerfolge der Partei in den kantonalen und nationalen Wahlen (vgl. Ladner 2003, Bundesamt für Statistik 2003) belegen, dass die Unterschiede zwischen den Ergebnissen in den Kantonen und auf nationaler Ebene geringer geworden sind. Die Arbeiten von Kriesi et al. (2005: 265) weisen schliesslich nach, dass das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger – nicht zuletzt dank der charismatischen Rolle von Christoph Blocher – in den verschiedenen Kantonen heutzutage ähnlicher strukturiert ist.

Dennoch kann nicht einfach davon ausgegangen werden, dass sich das gesamtschweizerische Modell auf alle Kantone übertragen wird. Die CVP hat in den protestantischen und konfessionell gemischten Kantonen Bedeutung eingebüsst, ist dort nur noch schwach vertreten und liegt hinter den Grünen und anderen Parteien zurück. Die kantonalen Parteiensysteme werden sich – wie weiter unten noch gezeigt wird – vor allem hinsichtlich der Zahl der Parteien und teilweise auch der Volatilität ähnlicher, was die Stärke der Parteien anbelangt, so kann nur bedingt von einer Konvergenz in Richtung des nationalen Parteiensystems ausgegangen werden (vgl. Ladner 2004b: 16ff.).

Abbildung 1: Wähleranteile der vier Bundesratsparteien 1919-2003 in %



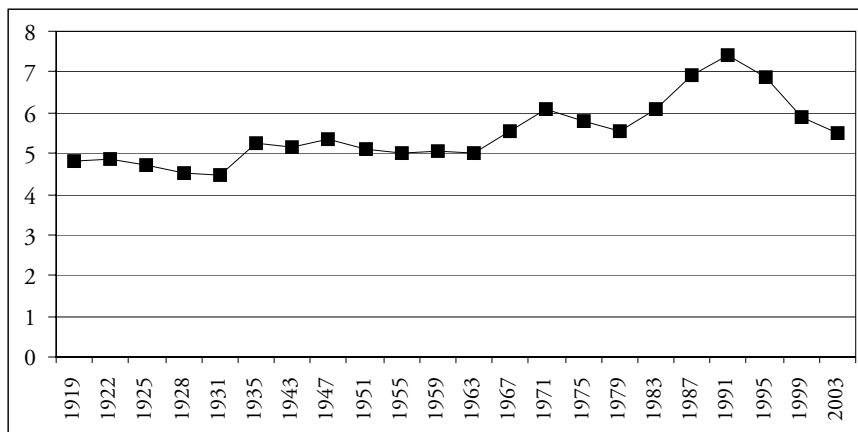
Quelle: Bundesamt für Statistik (2005)

3. Das Parteiensystem: Fragmentierung und Stabilität

Eine grosse *Fragmentierung* des Parteiensystems muss – wie das Beispiel Schweiz zeigt – nicht zwangsläufig mit politischer Instabilität einhergehen.⁴ Betrachtet man den Index «effektive Zahl der Parteien» von Laakso und Taagepera (1979), so gehört das Schweizer Parteiensystem zu den am stärksten fragmentierten. Der Durchschnittswert für die Zeit zwischen 1948 und 1995 beläuft sich auf 5,9. Auf Werte unter 3,0 kommen für dieselbe Zeitspanne Deutschland, Grossbritannien, Österreich und Malta, sowie Australien, Neuseeland und die USA. Auf Werte über 5,0 kommen die Niederlande, Belgien, Frankreich, Finnland und die Schweiz. Höhere Werte als die Schweiz hat lediglich Belgien seit Beginn der 1980er Jahre.⁵

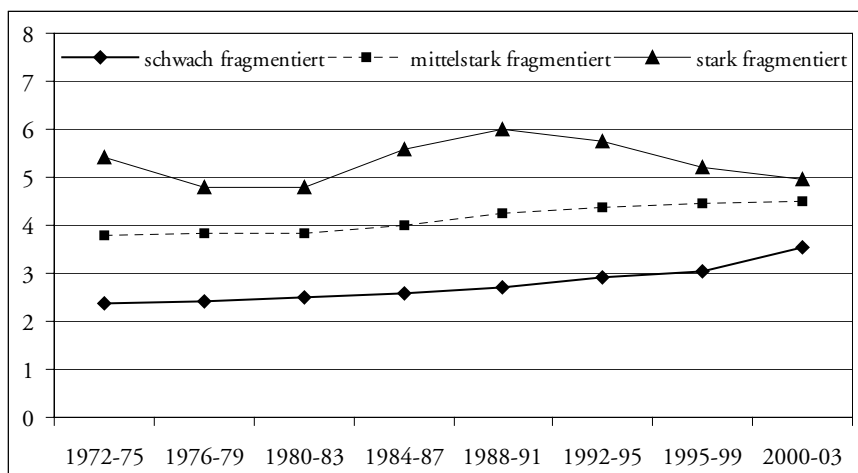
Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist, wie in anderen Ländern auch (Ladner 2004a: 74), geprägt durch einen ersten Anstieg der Parteienzahl, der etwa Mitte der 1960er Jahre einzusetzen beginnt, einen Rückgang in den 1970er und einen Wiederanstieg in den 1980er Jahren. Besonders auffallend für die Schweiz ist die verhältnismässig starke Zunahme der Zahl der Parteien vor dem Zweiten Weltkrieg. Eine Abweichung von der internationalen Entwicklung findet sich im *markanten Rückgang seit den Nationalratswahlen 1991*, der auf das Verschwinden der kleinen Parteien und auf die Gewinne von SVP und SP zurückgeführt werden kann (Abbildung 2).

Abbildung 2: Effektive Zahl der Parteien auf nationaler Ebene



Quelle: Bundesamt für Statistik (2005), eigene Berechnungen

Abbildung 3: Entwicklung der effektiven Zahl der Parteien in Kantonen mit kleiner, mittlerer und grosser Fragmentierung zu Beginn der 1970er Jahre



Die Kantonsgruppen wurden aufgrund der Fragmentierung in der Wahlperiode 1972-75 gebildet:

Schwach fragmentiert (2-3): LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, VS.

Mittelstark fragmentiert (3-4): BE, GL, FR, SO, SH, SG, GR, TI, VD, NE, JU.

Stark fragmentiert (5-): ZH, BS, BL, AG, TG, GE.

Quelle: Ladner (2003: 13).

Der Blick auf die kantonalen Parteiensysteme zeigt, dass die effektive Zahl der Parteien vor allem in stark fragmentierten Kantonen wie Zürich, den beiden Basel, Aargau, Thurgau und Genf seit Beginn der 1990er Jahre zurückgegangen

ist, während sie in den schwach fragmentierten Kantonen eher zugenommen hat (Ladner 2003: 11f.). Zumindest in dieser Hinsicht kann von einer gewissen Konvergenz der kantonalen Parteiensysteme gesprochen werden (Abbildung 3).

Mit der effektiven Zahl der Parteien kann der Wandel der Parteiensysteme allerdings nur bedingt erfasst werden. Grössere Verschiebungen von Wähleranteilen müssen sich nicht zwingend in der Zahl der Parteien niederschlagen, wie sich für den Fall, wenn zwei Parteien ihre Stimmanteile «tauschen» beispielhaft zeigen lässt. Für solche Fälle ist die Volatilität der bessere Indikator.

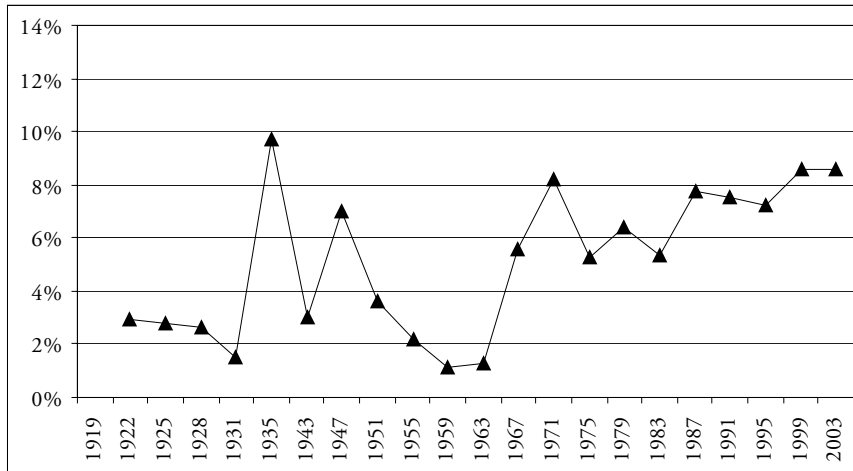
Die Stabilität eines Parteiensystems wird in der Regel mit der *aggregierten Volatilität* von Pedersen (1979) gemessen. Diese Zahl misst die Verschiebung der Wähleranteile zwischen zwei Wahlgängen (vgl. Abbildung 3). Für praktisch alle europäischen Länder lässt sich zeigen, wie der Zweite Weltkrieg das Gleichgewicht der Parteiensysteme durcheinander brachte. Die Wähler mussten sich zuerst neu orientieren, was zu einer hohen Volatilität führte (Lane und Ersson 1994: 189). Die 1950er Jahre sind demgegenüber geprägt durch festere Parteibindungen. In den späten 1960er Jahren steigt die Volatilität wieder an, und seither lösen sich Phasen mit starken und solche mit schwächeren Verschiebungen der Wähleranteile ab.

Widerlegen lässt sich mit diesen Zahlen die Vorstellung, dass in jüngster Zeit die politischen Verhältnisse deutlich instabiler geworden seien. Instabiler sind sie im Vergleich zu den «ruhigen» 1950er Jahren, die letztlich auch zur Zauberformel geführt haben, nicht aber im Vergleich zu den Wahlen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.⁶ Der Durchschnittswert der Volatilität für die Zeit seit 1945 liegt in der Schweiz bei 5,4. Andere Länder mit sehr niedriger Volatilität sind Österreich, Schweden und Grossbritannien, Länder mit hoher Volatilität sind demgegenüber die «neuen Demokratien» Griechenland, Spanien und Portugal sowie Frankreich und Dänemark.

Eine grössere Dynamik erfährt das Schweizer Parteiensystem in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Von der «Überfremdungsfrage», der Vertrauenskrise in die politischen Eliten und den Forderungen der 1968er-Bewegungen profitieren die NA und die Republikaner, der LdU und die Parteien der äusseren Linken. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren beruhigt sich die Situation. Erst durch das Entstehen der Grünen und der Autopartei kommt es wieder zu einer Belebung. Bis Mitte der 1990er Jahre ist die Volatilität auf etwas höherem Niveau stabil geblieben und seit 1999 auf etwas über 8% angestiegen. Da eine grosse Mehrheit der Kantone seit Beginn der 1990er Jahre ebenfalls eine steigende Volatilität verzeichnet, könnte diese Belebung des Parteienwettbewerbs durchaus auch strukturelle Ursachen haben (s. Abbildung 4).

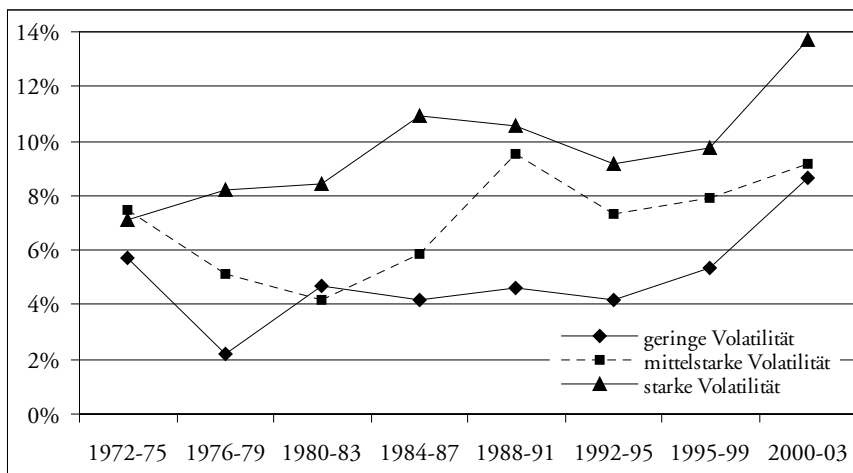
Der Indikator «Volatilität» ist indes mit dem Problem behaftet, dass er nicht in allen Fällen sensibel genug ist, um Veränderungen im Parteiensystem zu

Abbildung 4: Volatilität des Schweizer Parteiensystems in %



Quelle: Bundesamt für Statistik 2005, eigene Berechnungen

Abbildung 5: Entwicklung der Volatilität in Kantonen mit durchschnittlich geringer, mittlerer und hoher Volatilität



Die Kantonsgruppen wurden aufgrund der durchschnittlichen Volatilität zwischen 1972-2003 gebildet.

Geringe Volatilität (-6,0%): UR, FR, GR, VS, JU.

Mittelstarke Volatilität (6,1-8,0%): LU, SZ, OW, GL, ZG, SO, TG, TI, VD, NE.

Starke Volatilität (8,1%-): ZH, BE, NW, BS, BL, SH, SG, AG, GE.

Quelle: Ladner (2003: 16)

erfassen. Die durch das Aufkommen der SVP bedingten Veränderungen im Schweizer Parteiensystem seit Mitte der 1990er Jahre sind im Verhältnis zu früheren Phasen deutlich grösser als es in der Darstellung zum Ausdruck kommt. Die Ursache dafür ist, dass über mehrere Wahlgänge anhaltende Stimmengewinne mittleren Ausmasses den Wert der Volatilität nicht in die Höhe treiben, wohl aber zu einem generellen Wandel des Parteiensystems führen können. Andererseits gilt aber auch, dass mit den Ergebnissen der Nationalratswahlen die Stabilität der politischen Verhältnisse nur bedingt gemessen werden kann. Der Ständerat als gleichberechtigte zweite Parlamentskammer reagiert auf Veränderungen der politischen Präferenzen in der Wählerschaft deutlich träger.

4 Der Wandel der Parteien

In der Literatur besteht Einigkeit darüber, dass ein allfälliger Parteienwandel nur erfasst werden kann, wenn auch in die Parteien hinein geschaut wird. Dabei stellen sich zwei grundsätzliche Fragen, die nicht völlig unabhängig voneinander sind. Zum einen interessiert, wie sich die politischen Parteien organisieren, zum anderen möchte man wissen, welche politischen Ziele die Parteien verfolgen und wie sie sich im politischen Wettbewerb positionieren.

Während bei Duverger die *Massenmitgliederpartei* als ideale Organisationsform galt (vgl. dazu Ware 1996: 96) schlagen neuere Parteytypen die «*catch-all party*» von Kirchheimer (1965), die «*professional electoral party*» von Panebianco (1988) oder die «*cartel party*» von Katz und Mair (1995), ein *Gegenmodell* zu Duvergers Massenmitgliedschaftspartei vor: Die Wählerorientierung gewinnt zu Lasten der Parteimitgliedschaft an Bedeutung und die Parteiorganisationen werden immer professioneller, wobei je nach dem auch die ideologische Komponente in den Hintergrund tritt.

Auch die Schweizer Parteien haben in den 1970er Jahren versucht, ihre Organisationen den gewandelten Verhältnissen anzupassen (vgl. Ladner 2002: 238). Im Zentrum dieser Anstrengungen standen, ganz im Sinne Kirchheimers (1965) Volksparteien, die Öffnung der Parteien gegenüber breiteren Bevölkerungskreisen, eine Professionalisierung und Zentralisierung der Parteiorganisationen sowie – vor dem Hintergrund der damals in gewissen Bevölkerungskreisen herrschenden Vertrauenskrise gegenüber der etablierten Politik – der Ausbau der parteiinternen Demokratie.

Was die *Professionalisierung* anbelangt, so begann die Parteien Mitte der 1970er Jahre in den mittleren und grösseren Kantonen die Parteisekretariate zunehmend hauptamtlich zu besetzen (Fagnini 1978: 91). Eine Untersuchung der Kantonalparteien Ende der 1990er Jahre zeigt, dass die Parteien in den Kantonen über rund 90 Vollzeitstellen verfügen (vgl. Ladner und Brändle

2001: 206). Zählt man dazu noch gegen 50 Stellen bei den nationalen Parteiorganisationen, so kann total von 140 bis 150 Stellen ausgegangen werden. Seit den 1970er Jahren hat sich die Zahl der vollamtlichen Stellen damit verdoppelt.

Vergleicht man diese Zunahme jedoch mit der Entwicklung im Ausland (vgl. Mair 1994: 5), so liegt sie unter dem Durchschnitt. Tiefere Zuwachsraten haben einzig Grossbritannien und die Niederlande, die aber insgesamt ein höheres Professionalisierungsniveau aufweisen. Es ist zudem anzunehmen, dass diese Professionalisierung zu einem grossen Teil den administrativen Apparat der Parteien betrifft, sodass die effektive Professionalisierung der rein politischen Tätigkeit der Parteien noch tiefer liegt. Nach eigenen Aussagen geben rund 72% der Kantonalparteien in administrativen und 60% in programmatischen und inhaltlichen Belangen an, in den letzten 10 Jahren professioneller geworden zu sein. Dabei fällt auf, dass vor allem die beiden «Erfolgsparteien» SP und SVP geltend machen, inhaltlich heute professioneller zu arbeiten (Ladner und Brändle 2001: 211).

Fagagninis Feststellung Mitte der 1970er Jahre (Fagagnini 1978: 91), wonach die Parteien organisatorisch gesehen auf dem Milizsystem aufbauen, hat auch heute noch ihre Gültigkeit. Die Zahl der Personen, die sich professionell mit Politik befassen, ist nach wie vor klein, vor allem wenn man bedenkt, dass sich die insgesamt rund 150 vollamtlichen Stellen auf die nationalen und einen grossen Teil der kantonalen Parteiorganisationen verteilen.

Hinsichtlich der *finanziellen Ressourcen* gilt ganz ähnlich wie bei der Professionalisierung, dass die Parteien zwar insgesamt über ein grösseres Budget verfügen, dass sich dieses aber auf die verschiedenen Parteien und vor allem auch auf die unterschiedlichen politischen Ebenen verteilt. Insgesamt bestritten die Parteien – nach ihren eigenen Angaben geschätzt und hochgerechnet – in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in einem durchschnittlichen Nicht-Wahljahr ein Budget zwischen 40,5 und 44 und in einem durchschnittlichen Wahljahr ein Budget zwischen 64,5 und 74 Mio. CHF (vgl. Ladner und Brändle 2001: 169). Über das grösste Budget verfügte dabei die Gesamtheit der Kantonalparteien. In den letzten Jahren dürften sich diese Beträge nicht wesentlich verändert haben, sodass auch heute noch davon ausgegangen werden kann, dass die Bundesratsparteien ein jährliches Budget von je zwischen 2 und 3,5 Mio. CHF haben. Diese Beträge können vor allem auch im internationalen Vergleich als bescheiden angesehen werden.

In diesen Zahlen allerdings nicht inbegriffen sind Gelder, die zwar in die Politik, nicht aber in die Parteikassen fliessen. Die Budgets vieler Komitees für Abstimmungskämpfe und Wahlkampagnen sowie für bestimmte Spezialprojekte (beispielsweise die jährliche Albisgüetli-Tagung der SVP) laufen nicht über die ordentlichen Parteikassen.

Die in der Schweiz nach wie vor fehlende staatliche Parteienfinanzierung kann als gewichtiges Argument angeführt werden, dass das Kartell-Partei-Modell von Katz und Mair (1995) für die Schweizer Parteien nicht zutrifft. Die nach wie vor geringe Professionalisierung spricht zumindest teilweise gegen das Modell der professionalisierten Wählerpartei von Panebianco (1988). Wie sieht es mit dem Postulat von Kirchheimer (1965) aus, wonach die Parteien ihre ideologischen Komponente über Bord werfen und sich im Kampf um möglichst viele Wählerstimmen aufeinander zu bewegen?

Die Selbstverortung der Parteien auf der Links-rechts-Achse deutet darauf hin, dass die politischen Unterschiede in den letzten nicht kleiner geworden sind und dass nicht primär von einem zentripetalen Parteienwettbewerb ausgegangen werden kann. Im Rahmen von zwei gesamtschweizerischen Befragungen von jeweils rund 2500 Lokalparteipräsidentinnen und -präsidenten wurden die Auskunftspersonen gebeten, sowohl ihre Lokalpartei wie auch ihre nationale Partei auf einer Skala von 1 bis 10 zu verorten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die nationale Partei der SVP sich in den letzten 14 Jahren relativ stark nach rechts und die nationale Partei der SP etwas weniger stark nach links verschoben hat. Ebenfalls zeigt sich der Weg in die Mitte der CVP und vor allem der FDP, zumindest auf Bundesebene. Die Angaben für die Lokalparteien zeigen demgegenüber, dass die Veränderungen auf lokaler Ebene weniger ausgeprägt ausgefallen sind. Das heisst mit anderen Worten, dass die immer wieder beschriebene Polarisierung der letzten Jahre vor allem auf die von der SVP in der nationalen Arena betriebene Oppositionspolitik zurückzuführen ist.

Berechnet man auf der Basis von Einschätzungen der Lokalparteipräsidentinnen und -präsidenten die Positionierung und Polarisierung des Schweizer Parteiensystems zu den Erhebungszeitpunkten 1990 und 2003, so lässt sich zeigen, dass das Parteiensystem insgesamt ganz leicht nach links (auf der Zehner-Skala von 5,87 auf 5,57) gerutscht ist, und dass die Polarisierung (von 3,8 auf 4,6) zugenommen hat.⁷ Damit scheint sich auch die Vorhersage von Kirchheimer nicht zu bestätigen. Es trifft nicht zu, dass sich die Parteien immer ähnlicher werden. Es gibt nach wie vor markante und teilweise zunehmende Unterschiede was die politische Positionierung anbelangt. Dies lässt sich auch bestätigen, wenn man die Einstellungen der Parteien zu politischen Sachfragen untersucht (vgl. Ladner und Brändle 2001: 286 ff., Kriesi et al. im Erscheinen).

Tabelle 1: Die Links-rechts-Verortung der Schweizer Parteien (Lokalparteien und nationale Parteien) aus Sicht der Präsidentinnen und Präsidenten der Lokalparteien

	Lokalparteien		Nationale Parteien			N 1990	N 2004	
	1990	2004	1990 - 2004	1990	2004	1990 - 2004	LP/NP	
FDP	6.9	6.8	-0.1	7.5	6.8	-0.7	631/616	555/550
CVP	6.3	6.4	0.1	6.1	5.9	-0.2	554/549	454/453
SVP	7.0	7.2	0.2	7.2	7.9	0.7	277/277	410/401
SP	3.3	3.1	-0.2	3.2	2.9	-0.3	559/560	553/552
GPS	3.3	2.4	-0.9	3.7	2.5	-1.2	33/32	73/73
EVP	5.5	5.0	-0.5	5.3	4.9	-0.5	77/75	80/81
LPS	8.0	8.0	0.0	8.3	8.2	-0.1	52/51	58/55

Quelle: Lokalparteienbefragungen 1990 und 2004 (Geser et al. 1994 und 2004), eigene Berechnungen

Mit Blick zurück auf die von den Schweizer Parteien in den 1970er Jahren angestrebten Ziele kann festgehalten werden, dass viele davon nicht verwirklicht werden konnten. Vor allem die bürgerlichen Parteien präsentieren sich heute nicht wesentlich geschlossener. Nach wie vor kommt es zu Flügelkämpfen und abweichenden Abstimmungsparolen, die geforderte Einführung des Mitgliederprinzips konnte weder bei der CVP noch bei der FDP realisiert werden, und die Professionalisierung der Parteiarbeit hält sich in engen Grenzen. Was die parteiinterne Demokratie anbelangt, so hat in den 1990er Jahren sogar ein «operativer backlash» stattgefunden. Die von strategischem Kalkül und Ereignismanagement geprägte und immer stärker mediatisierte Politik verlangt, dass sich die führenden Exponenten relativ unabhängig von ihrer Parteibasis bewegen und äussern können. Ganz abgesehen davon sind auch die Beteiligungsbedürfnisse der Basis im Gefolge des Bedeutungswandels der Politik eher kleiner geworden. Die Präsidenten der Kantonalparteien bestätigen denn auch diesen Eindruck. Rund 60% geben den operativen Freiheiten der Parteiführung gegenüber Mitsprache und Mitwirkung der Basis Priorität. Vor allem bei den SP-Kantonalparteien hat in den letzten Jahren diesbezüglich eine Gewichtsverlagerung stattgefunden (vgl. Ladner und Brändle 2001: 257). Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch auf der Ebene der Lokalparteien feststellen (vgl. Geser et al. 2003).

5 Verankerung in der Bevölkerung

Eine weitere charakteristische Eigenheit der neuen Parteyentypen ist eine Abkehr von ihrer eigentlichen Basis respektive eine stärkere Wählerorientierung. Offen bleibt dabei, wie weit diese Entwicklung von den Parteien selbst gefördert wurde und wie weit sie letztlich vor allem ein Produkt des gesellschaftlichen

Wandels ist. Die Indikatoren, mit denen Akzeptanz und Verankerung der Parteien in der Bevölkerung gemessen werden können, sind auf der Ebene der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung, das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien, die Identifikation mit einer bestimmten Partei, sowie aus Sicht der Parteien die Möglichkeit, Mitglieder und Rollenträger für parteiinterne und öffentliche Mandate zu rekrutieren und der Zugang zu den wichtigsten politischen Ämtern.

Die *Wahl- und Abstimmungsbeteiligung* ist in der Schweiz seit Mitte des letzten Jahrhunderts kontinuierlich zurückgegangen. Lag die Wahlbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg noch über 70%, so hat sie sich seit 1979 zwischen 40% und 50% eingependelt. Die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung, welche in früheren Zeiten bis zu 10% unter der Wahlbeteiligung lag, kommt seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre etwa in den Bereich der Wahlbeteiligung zu liegen. Die Schweiz gehört im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien zusammen mit den USA zu den Ländern mit der niedrigsten Beteiligung an nationalen Wahlen, auch wenn fast überall die Wahlbeteiligung ebenfalls tendenziell sinkt (Gray und Caul 2000). Die Gründe dafür dürften in der starken Belastung der Stimmbürgerinnen und -bürger durch die direkte Demokratie und der damit verbundenen Möglichkeit, Regierungsentscheide an der Urne rückgängig zu machen, liegen. Hinzu kommt die geringere Bedeutung des Wahlergebnisses in der zur Kartellisierung neigenden Konkordanzdemokratie.

Höhere Beteiligungswerte können aus demokratietheoretischen Überlegungen heraus wünschenswert sein. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sie zu grundlegend anderen politischen Entscheidungen und einer anderen Parteienzusammensetzung führen würden. Die politischen *Sympathien der Nicht-Wählenden* sind ähnlich verteilt wie diejenigen der Wählenden, allenfalls mit einem leichten Plus für die Rechte (vgl. dazu auch Lutz 2003: 84). Eigene Analysen der Nicht-Wähler bei den Nationalratswahlen 1999 bestätigen geringere Sympathien für die Mitteparteien und die gemässigten Bürgerlichen und eine etwas grössere Unterstützung für die beiden Pole: Die Linke erhielt etwa ein Drittel der Stimmen der Nicht-Wählenden und die Rechte etwas mehr als 35%.

Das *Vertrauen in die politischen Parteien* ist gering, verglichen mit anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen, und in letzter Zeit eher rückläufig (GFS 2003). Abgenommen hat auch die *Parteiidentifikation* der Bürgerinnen und Bürger. Während sich in den 1970er Jahren noch über 50% der Stimmberechtigten mit einer Regierungspartei identifizierten, waren es 2003 noch knapp über 40% (vgl. Kriesi et al. 2005: 261). Rund die Hälfte der Stimmberechtigten gab in den 1990er Jahren an, dass sie für keine Partei besondere Sympathien hat (Longchamp 1994: 21.). Auffallend dabei ist, dass die Abnahme der Parteibindungen vor allem im politischen Zentrum stattgefunden

hat. Direkt betroffen und gefährdet sind also CVP und FDP. Bei der SVP hat die Parteiidentifikation eher zugenommen und bei der SP ist die Entwicklung uneinheitlich (vgl. Kriesi et al. 2005: 262). Allerdings lässt sich auch zeigen, dass unter denjenigen, die sich mit einer Partei identifizieren, die Bereitschaft eher noch etwas zugenommen hat, diese Partei auch zu wählen. Die Parteiungebundenen sind nicht gleichermassen über die Bevölkerung verteilt. Besonders stark vertreten sind sie bei den Menschen mit niedriger Bildung, bei den Jüngeren, bei den Frauen und in der stärker repräsentativ-demokratisch orientierten Westschweiz (Suter 2000: 198). In praktisch allen Gruppen lässt sich aber zeigen, dass der Anteil an Parteiungebundenen in den 1980er und 1990er Jahren zugenommen hat.⁸

Ein weiterer Indikator zur Bestimmung der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung sind die *Mitgliederzahlen der Parteien*. Leider gibt es diesbezüglich für die Schweiz nur wenige verlässliche Angaben, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass hierzulande das Mitgliederprinzip bei den bürgerlichen Parteien relativ spät und vor allem nicht vollständig umgesetzt wurde. Erst in den 1970er Jahren begannen FDP und CVP sich stärker auf der Basis von eingeschriebenen Mitgliedern zu organisieren, und in den 1990er Jahren waren in beiden Parteien noch immer entsprechende Anstrengungen im Gange. Unsere Befragungen bei den Lokalparteien dokumentieren nicht nur das Ausmass der fehlenden Umsetzung des Mitgliederprinzips, sondern deuten auch darauf hin, dass diesbezüglich in den letzten Jahren kaum noch Veränderungen stattgefunden haben: 1990 kannten etwas mehr als 40% der CVP- und knapp 60% der FDP-, 75% der SVP- und mehr als 80% SP-Lokalsektionen eine formalisierte Mitgliedschaft (Geser et al. 1994: 141), 2003 lag der Anteil bei der CVP bei 45%, bei der FDP nach wie vor bei 60%, bei der SP bei 87% und bei der SVP war er auf 70% zurückgegangen. Dieser Rückgang dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in jüngster Zeit zahlreiche neue Lokalsektionen gegründet wurden, die noch keine klare Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Anhängern machen. Im Fall der SP ist erstaunlich, dass nicht alle Lokalparteien eine entsprechende Unterscheidung machen, da hier das Mitgliederprinzip vom Statut vorgeschrieben ist. Es ist deshalb davon auszugehen, dass in einigen Lokalparteien die Angaben mehr auf die gelebte Praxis als auf die Statuten verweisen.

Soll dennoch ein Versuch zur Bestimmung der *Zahl der Parteimitglieder* gewagt werden, so ist man gezwungen, sich auf Schätzungen und Hochrechnungen zu verlassen. Gruner geht für die Zeit von 1963-1967 von einem Mitgliederanteil bei den Wählenden von 38% aus. Nach seinen Erkenntnissen ist dieser Anteil infolge der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 auf die Hälfte gesunken. Gemessen am Anteil der Stimmberechtigten betrug er in den 1970er Jahren etwa 11% (Gruner 1977: 218), was rund 390'000 Parteimitgliedern

entsprach. Im internationalen Vergleich bedeutete dies einen hohen Organisationsgrad für die Schweizer Parteien.

Folgt man den Angaben der Parteien, so kommt man Mitte der neunziger, wie bereits Mitte der 1970er Jahre, auf rund 400'000 Parteimitglieder, wobei 150'000 Mitglieder allein auf die FDP entfallen. Berücksichtigt man, dass in diesen 20 Jahren die Zahl der Stimmberechtigten um über 900'000 zugenommen hat, kann von einer Abnahme des Parteimitgliederanteils ausgegangen werden. Ein solcher Rückgang der Parteimitgliedschaft wird auch durch Umfrageergebnisse bestätigt. Gemäss den Erhebungen von Longchamp (1994: 22) hat sich der Anteil der Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten in der Zeit von 1983 bis 1994 von 18% auf 12% zurückgebildet.⁹

In Wahrheit dürfte der Anteil der Mitglieder in diesen Angaben jedoch überschätzt werden. Verwendet man zur Bestimmung der Mitgliederzahlen einen *restriktiven Mitgliederbegriff*, der dort, wo aufgrund des fehlenden Mitgliederprinzips der umfassendere Begriff «Sympathisant/Anhänger» verwendet wurde, Korrekturen vornimmt, liegt der Parteimitgliederanteil an den Stimmberechtigten mit knapp 7% wesentlich niedriger. So gesehen hatten die Schweizer Parteien 1997 lediglich rund 300'000 Mitglieder. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz damit etwa im Mittelfeld. In Deutschland, Holland, England und Frankreich haben die Parteien deutlich weniger Mitglieder, in Österreich deutlich mehr (Katz und Mair 1992: 334, Mair und van Biezen 2001).

Mitgliederstärkste Partei ist, auch nach diesen Berechnungen, die FDP mit etwa 90'000 Mitgliedern, gefolgt von CVP und SVP. Die SP liegt mit rund 40'000 Mitgliedern deutlich hinter den anderen Bundesratsparteien zurück. Allerdings ist sie in der Auswahl ihrer Mitglieder selektiver und setzt ein grösseres finanzielles und persönliches Engagement voraus.

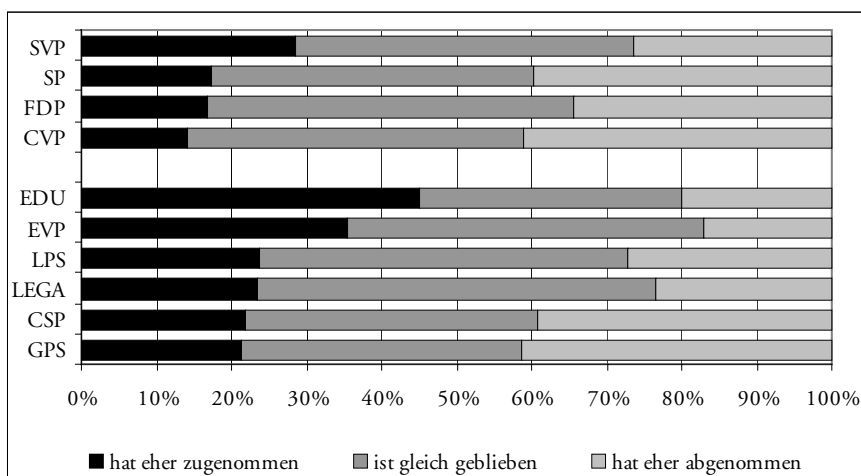
Auf der Basis der beiden Lokalparteienbefragungen können die Veränderungen der Mitgliederzahlen zwischen 1990 und 2003 einigermassen plausibel hochgerechnet werden. Gemäss diesen Angaben haben die Bundesratsparteien zusammen zwischen 1990 und 2003 rund ein Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Besonders gross waren die Verluste bei FDP und CVP mit mehr als einem Viertel, etwas geringer bei den auf dem Wählermarkt erfolgreichen SVP und SP mit etwas weniger als 15%. Wählerstimmengewinne müssen also nicht zwingend mit steigenden Mitgliederzahlen einhergehen.

Erfolg und Zukunftsaussichten der Parteien sind nicht allein von ihren Mitgliederzahlen abhängig. Der Rückgang der Mitglieder könnte auch ein Zeichen dafür sein, dass die Parteien mit der verstärkten Wählerorientierung ein erfolgreicherer Organisationsprinzip gefunden haben. Fehlen die Mitglieder, so sind die Parteien allerdings umso stärker auf engagierte Aktivisten oder professionelle Parteiangestellte angewiesen. Im Milizland Schweiz sind vor allem erstere von

Bedeutung, da die Schweizer Parteien nur über wenige hauptamtliche Parteileute verfügen (Ladner 2001: 134ff.) und keine staatliche Parteienfinanzierung kennen.

Die jüngsten Entwicklungen zeichnen, zumindest auf der Ebene der Lokalparteien, ein eher düsteres Bild (vgl. Abbildung 6). Einem Drittel der Lokalsektionen mit Einbussen bei den Aktiven steht nur ein Fünftel der Lokalsektionen mit einem Zuwachs gegenüber. Die Trends verlaufen ähnlich wie bei der Anhängerschaft und bei den Mitgliedern. Auch hier manifestiert sich ein Männerproblem. In beinahe 40% der Parteien ist die Zahl der männlichen Aktiven kleiner geworden. Wie bei der Anhängerschaft verzeichnen auch bei den Aktiven die Parteien kleiner Gemeinden die stärksten Einbussen, rückläufig sind die Aktivenzahlen aber auch in grösseren Gemeinden.

Abbildung 6: Wandel der Aktiven, nach Parteien*



* Prozentanteil Lokalparteien der entsprechenden Partei, in denen die Zahl der Aktiven zu- oder abgenommen hat respektive gleich geblieben ist.

Nmin = 17 (LEGA), Nmax = 561 (FDP)

LEGA: Lega dei Ticinesi (rechtspolitische Partei im Kanton Tessin); EDU: Eidgenössisch-Demokratische Union

Quelle: Geser et al. 2003: 10.

Ob in Form von Mitgliedern oder als Stammwähler, die Bedeutung einer Verankerung der Parteien in der Bevölkerung darf nicht unterschätzt werden. Im traditionellen Parteienverständnis der Schweiz findet sich die Basis der Parteien in den Gemeinden. In der Regel können Interessierte nicht direkt den nationalen Parteien beitreten, sondern werden an die Lokalsektion ihrer Wohn-gemeinde verwiesen. Hier wird über die Mitgliedschaft entschieden, wobei die

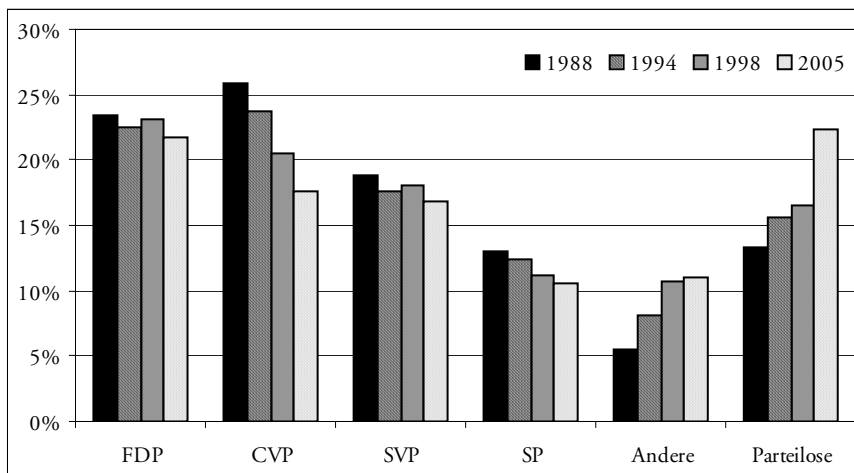
Aufnahme, mit Ausnahme bei der SP, eine Formalität darstellt. Auch wenn in den letzten Jahren die Zahl der Quereinsteiger tendenziell zugenommen hat, verläuft die klassische Politikkarriere auch heute noch von unten nach oben und beginnt mit einem öffentlichen Amt auf lokaler Ebene. Die in jüngerer Zeit anhaltenden Schwierigkeiten der Parteien, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die zahlreichen politischen Mandate in den Gemeinden zu finden, kann zusammen mit einem partiellen Bedeutungsverlust von Lokalparteien in den Gemeinden zu einer Beeinträchtigung der politischen Stabilität führen (Ladner 1996, 1999b).

Die Erosionsthese erhält die stärkste Unterstützung durch die rückläufige *Vertretung der Lokalparteien in den kommunalen Exekutiven*. Nach wie vor wird die grosse Mehrheit der knapp 17'500 Exekutivsitze in den Gemeinden – wie unsere verschiedenen Befragungen der Gemeindeglieder zeigen (Ladner 1991; Geser et al. 1996; Ladner et al. 2000) – von Parteimitgliedern eingenommen, wobei gilt, dass der Anteil der Parteimitglieder in den Exekutiven mit zunehmender Gemeindegrösse ansteigt (Ladner 1991). In den letzten zehn bis 15 Jahren ist die Vertretung der Parteien in den kommunalen Exekutiven allerdings zurückgegangen. In den Gemeinden, in denen die Entwicklung verfolgt werden kann, hat der Anteil der Parteivertreter in den kommunalen Exekutiven von 87% im Jahr 1988 auf 78% im Jahr 2005 abgenommen.

Weiter gilt: Alle vier Bundesratsparteien haben 2005 einen geringeren Sitzanteil als 1988 (vgl. Abbildung 7).¹⁰ Diese Feststellung ist vor allem im Falle der SVP von Interesse, die demgegenüber bei (Parlaments-)Wahlen auf kantonaler und nationaler Ebene in den letzten Jahren ausgesprochen erfolgreich war. Die einzige Abweichung vom allgemeinen Trend bildet die FDP, welche zwischen 1994 und 1998 ganz leicht an Sitzanteilen zulegen konnte. Zu den grossen Gewinnern in den kommunalen Exekutiven zählen «andere Parteien» und die Parteilosen.

Aus Sicht der Parteien beruhigend mag die Erkenntnis sein, dass die «Erosion der Lokalparteien» vor allem in den im internationalen Vergleich sehr kleinen Gemeinden stattfindet, in denen überdies nur ein kleiner Teil der Bevölkerung lebt. In den Städten spielen die Parteien nach wie vor eine deutlich grössere Rolle. Es stellt sich die Frage, ob eine duale Entwicklung vonstatten geht und sich neben dem Parteienmodell in den Städten ein Politikmodell der Parteilosen in den kleineren Gemeinden durchsetzt, oder ob die kleineren Gemeinden eine Vorreiterrolle einnehmen und auch in den grösseren Gemeinden ein Bedeutungsverlust der Parteien folgen wird. Wie dem auch sei, es ist davon auszugehen, dass die Beziehung zwischen den Parteien und der Wählerschaft auch in der Schweiz an Stabilität eingebüsst hat.

Abbildung 7: Sitzanteile der Bundesratsparteien in den kommunalen Exekutiven



Quellen: Gemeindeschreiberbefragung 1988 (vgl. Ladner 1991), Gemeindeschreiberbefragung 1994 (vgl. Geser et al. 1996), Gemeindeschreiberbefragung 1998 (vgl. Ladner et al. 2000), Gemeindeschreiberbefragung 2004 (Ladner, Steiner und Gesere 2005). Eigene Berechnungen auf der Basis von etwas mehr als einem Viertel der kommunalen Exekutivsitze (= alle Gemeinden, die bei den vier Befragungen vollständige Angaben zur Zusammensetzung ihrer Exekutiven geliefert haben).

6 Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung

Das Schweizer Parteiensystem galt lange Zeit als Inbegriff politischer Stabilität. Verschiebungen von Wähleranteilen im Bereich von ein paar wenigen Prozentpunkten wurden bereits als erdrutschartige Gewinne oder Verluste dargestellt. Dies hat sich in den 1990er Jahren schlagartig geändert. Innerhalb von zehn Jahren ist die SVP von einer 10%-Partei zur stärksten Partei des Landes angewachsen. Das dem schweizerischen politischen System immanente Prinzip der Machtteilung verhindert zwar, dass die SVP damit zugleich auch zur dominierenden Kraft wird, doch ihre Erfolge haben das rechtsbürgerliche Lager gestärkt und werden im Parteiensystem voraussichtlich bleibende Spuren hinterlassen.

Unter besonderem Druck stehen die beiden historischen Parteien CVP und FDP. Sie haben in den Nationalratswahlen 2003 nicht nur ihr schlechtestes Resultat seit 1919 erzielt, sondern ihre Stimmenanteile sind seit mehr als 20 Jahren rückläufig, was darauf hindeutet, dass ihre Probleme nicht konjunktureller Natur sind und sich nicht mit kleineren programmatischen Korrekturen oder einer effizienteren Parteiorganisation und besserer Öffentlichkeitsarbeit lösen lassen. Für die FDP stellt sich die Frage, ob sie das Schicksal liberaler Parteien in anderen Ländern teilen und von einer dominierenden, staatstragen-

den Partei zu einer Mehrheitsbeschafferin und potenziellen Koalitionspartnerin zurückgestuft wird. Bei der CVP könnte die grosse Klammer, gebildet durch die katholische Konfession, endgültig auseinander brechen. Die konservativen Kräfte sind in der SVP ebenso gut aufgehoben wie in der CVP und die Christlich-Sozialen könnten auf der Linken oder als ethische Nischenpartei eine neue Heimat finden. Was also auf den ersten Blick als temporäre Fluktuation oder partieller Wandel – um in der Terminologie von Gordon Smith (1989) zu bleiben – erscheint, könnte in der Tat einem generellen Wandel oder gar einer Transformation des Schweizer Parteiensystems gleichkommen.

Die gängigen Indikatoren der vergleichenden Parteiensystemforschung sind nur bedingt geeignet, den Wandel von Parteiensystemen rechtzeitig zu erfassen. Fragmentierung und Volatilität, Polarisierung und Stärke der verschiedenen Lager sagen wenig darüber aus, was in den Parteien selbst passiert. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren haben in den heute erfolgreichen Parteien Entwicklungen eingesetzt, welche in den verwendeten Masszahlen nicht zum Ausdruck kamen. Die SP hat heute eine völlig andere Anhängerschaft als noch vor wenigen Jahrzehnten. Sie verfügt über den grössten Anteil an Anhängern mit einem hohen Bildungsniveau und ist in vergleichbaren Einkommenschichten verankert wie die FDP (Hirter 2000: 21). Es sind also nicht mehr vorwiegend Arbeiter und einfache Angestellte, die SP wählen. Auch die SVP hat sich gewandelt. Aus der einstigen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei ist eine Volkspartei geworden, die sich nach einem kurzen und erfolglosen Ausflug in die Mitte des Parteienwettbewerbs heute klar als national-konservative Kraft auf der rechten Seite positioniert.

Damit ist auch die Frage des «frozen party system» (Lipset und Rokkan 1967) entschieden. Auch wenn das Schweizer Parteiensystem mit seinen vier Hauptprotagonisten FDP, CVP, SVP und SP auf den ersten Blick als bester Beleg für den Fortbestand der vier historischen, die Herausbildung der Parteiensysteme dominierenden Cleavages erscheinen mag, stimmt diese Einschätzung bei näherer Betrachtung nicht mehr. Verwendet man Cleavages im Sinne von Bartolini und Mair (1990) und setzt voraus, dass neben der Organisation auch eine strukturelle Basis und ein entsprechendes Bewusstsein vorhanden sein müssen, so ist die strukturelle Verankerung der Schweizer Parteien heute nicht mehr dieselbe wie früher. Möglicherweise sind es heute doch eher ideologische und weniger soziologische Kriterien, welche die Parteiensysteme strukturieren.

Anmerkungen

- 1 Rechtlich sind die Schweizer Parteien als Vereine organisiert. Das Zivilgesetzbuch (ZGB) umschreibt in den Artikeln 60-79 die Rahmenbedingungen. Zweck, Mittel und Organisation sind in den Statuten geregelt. Es gibt in der Schweiz kein Parteiengesetz und bis vor noch nicht allzu langer Zeit waren die Parteien – im Gegensatz zu den Wirtschaftsverbänden – nicht einmal in der Bundesverfassung erwähnt. Erst in der revidierten Verfassung vom 18. April 1999 wird in Artikel 137 auf die wichtige Rolle der Parteien im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess hingewiesen und damit ihre staatspolitische Bedeutung formal anerkannt.
- 2 Für Entstehung und Entwicklung der Schweizer Parteien siehe vor allem Gruner 1977; Pieth 1978; Gruner 1981; Klöti und Risi 1988; Jacobs 1989; Tschäni 1990; Schneider 1994. Besonders wertvoll sind auch seit 1966 die entsprechenden Kapitel im *Année politique suisse*.
- 3 Freilich trugen bei ihrer Entstehung noch nicht alle Parteien ihren heutigen Namen. Die CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) wurde 1912 als Konservative Volkspartei gegründet. 1957 wurde sie in Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei umbenannt, und erst seit 1970 trägt sie den heutigen Namen. Der Name der SVP (Schweizerische Volkspartei) besteht seit 1971. Sie wurde 1936 als Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) gegründet.
- 4 Geprägt durch die Erfahrungen in Grossbritannien und in den USA ging die Forschung lange Zeit davon aus, dass Parteiensysteme basierend auf zwei etwa gleich großen Parteien den Mehr- und Vielparteiensystemen bezüglich Stabilität überlegen seien.
- 5 Vgl. auch Armingeon 2003: 12; Ladner 2004a: 72f.
- 6 1935 erlitten FDP (-3,2%) und SVP (-4,3%) große Verluste, während der LdU (+4,1%), die Jungbauern (+3,1%) und die Frontisten (+1,5%) Gewinne erzielten. 1939 wurden in vielen Kantonen keine Wahlen abgehalten und die Mandatsträger für eine weitere Amtsperiode bestätigt («stille Wahlen»), sodass die Stimmenverschiebungen mit einem «strukturellen Fehler» behaftet sind. Zu den Verlierern gehörten FDP (-3%), CVP (-3,3%) und SP (-2,1 Prozent), zu den Gewinnern SVP (+3,8%) und LdU (+2,9%). 1943 wurden, was die vier großen Parteien anbelangt, die durch die stillen Wahlen bedingten Verzerrungen wieder bereinigt. Dazu kommen die durch das Verbot bedingten Verluste der Kommunistischen Partei (-2,6%). 1947 stehen Gewinne der neu gegründeten PdA (+5,1%) Verlusten bei SP (-2,4%) und bei den Jungbauern (-2,1%) gegenüber.
- 7 Für die Berechnung von Positionierung und Polarisierung eines Parteiensystems vgl. Sigelman und Yough 1978: 357 sowie Gross und Sigelman 1984.
- 8 Auf der Verhaltensebene müsste sich die Abnahme der Parteibindungen in einer Zunahme der Wechselwähler manifestieren. Verglichen mit anderen Ländern ist der Anteil der Wechselwähler eher gering, was nicht zuletzt durch das grosse Parteienangebot, welches sich besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stimmberechtigten abstimmen lässt und die beachtliche politische Stabilität erklärt werden kann. Die auf individueller Ebene gemessene Wählervolatilität (Wahl unterschiedlicher Parteien in zwei aufeinanderfolgenden Wahlgängen) beträgt rund 15% und hat sich zwischen 1967/71 und 1991/95 nicht wesentlich verändert (Nabholz 1998: 31).
- 9 Die Prozentanteile liegen wohl deshalb etwas zu hoch, weil sich an solchen Umfragen in der Regel die aktiveren und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen.
- 10 Berücksichtigt werden auch hier nur Gemeinden, die an allen drei Befragungen teilgenommen und vollständige Angaben geliefert haben. Die Sitzanteile werden über die Gesamtzahl der Sitze berechnet, es handelt sich also nicht um durchschnittliche Sitzanteile. Aber auch der Vergleich über alle erfassten Gemeinden ergibt dieselben Ergebnisse.

Literaturverzeichnis

- ARMINGEON, Klaus (2003). *Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1971-1999*. Neuchâtel: xxx Verlag
- BARTOLINI, Stefano und Peter MAIR (1990). *Identity, competition, and electoral availability. The stabilisation of European electorates 1885-1985*. Cambridge: xxx Verlag
- BRÄNDLE, Michael (1999). Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947-1995, in: *Swiss Political Science Review* 1(xxx 1?): 11-29.
- BUDGE, Ian, ROBERTSON, David und Derek HEARL (Hrsg., 1987). *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge: xxx Verlag
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK (2003). *Nationalratswahlen 2003. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK (2005): Nationalratswahlen: Stärke der Parteien. In: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/politik/wahlen/blank/kennzahlen0/national_rat/parteienstaerke.ContentPar.0003.DownloadFile.tmp/je-d-17.2.3.2.xls (20.07.2005).
- CARAMANI, Daniele (2004): *The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- FAGAGNINI, Hans Peter (1978): Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, S. 75-94.
- FARAGO, Peter (1996): *Wahlen 95. Swiss electoral studies*. Hrsg. von der Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich.
- GESER, Hans/LADNER, Andreas/SCHALLER, Roland/ BALLMER-CAO, Thanh-Huyen (1994): *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich.
- GESER, Hans/HÖPFLINGER, François/LADNER, Andreas/MEULI, Urs/SCHALLER, Roland (1996): *Die Schweizer Gemeinden im Kräftefeld des gesellschaftlichen und politisch-administrativen Wandel. Schlussbericht NF-Projekt Nr. 12-32586-92*. Zürich.
- GESER, Hans/LADNER, Andreas/MEULI, Urs/SCHALLER, Roland (2003): *Schweizer Lokalparteien im Wandel. Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003*. Zürich.
- GFS-FORSCHUNGSINSTITUT (2003): *Sorgenbarometer*. Bern.
- GRAY, Mark/CAUL, Miki (2000): Declining Voter Turnout in Advanced Industrial Democracies, 1950 to 1997. The Effects of Declining Group Mobilization, in: *Comparative Political Studies*, 9, S. 1091-1122.
- GROSS, Donald A./SIGELMAN, Lee (1984): Comparing Party Systems: A Multidimensional Approach, in: *Comparative Politics*, 16, S. 463-79.
- GRUNER, Erich (1964): Eigentümlichkeiten der schweizerischen Parteienstruktur, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 5, S. 203-217.
- GRUNER, Erich (1977): *Die Parteien der Schweiz*. Bern.
- GRUNER, Erich (1981): *Schweiz*, in: *Wende, Frank: Lexikon zur Geschichte der Parteien*. Stuttgart, S. 599-625.
- GRUNER, Erich (1984): Parteien, in: *KLÖTI, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Schweiz, Band 2*. Bern, S. 135-162.
- HIRTER, Hans (2000): *Wahlen 1999. Swiss electoral studies*. Hrsg. von der Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich.
- HUBER, John/INGLEHART, Ronald (1995): Expert interpretations of party space and party locations in 42 societies, in: *Party Politics*, 1, S. 73-111.
- HUG, Simon (1994): La cohésion des partis fédéraux dans la phase référendaire, in: *PAPADOPOULOS, Yannis (Hrsg.): Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970-1987*. Lausanne, S. 85-112.

- INGLEHART, Ronald/SIDJANSKI, Dusan (1974): Dimension gauche-droite chez les dirigeants et électeurs suisses, in: *Revue Française de Science Politique* 24.
- JACOBS, Francis (1989): Switzerland, in: *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*. Essex, S. 636-673.
- KATZ, Richard S./MAIR Peter (1992): The membership of political parties in European democracies 1960-1990, in: *European Journal of Political Research*, 22, S. 329-345.
- KATZ, Richard S./MAIR Peter (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy: the Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1:1: 5-28.
- KIRCHHEIMER, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6, S. 20-41.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter (1995): Party Positions and Voter Orientations, in: KLINGEMANN, Hans-Dieter/FUCHS, Dieter (Hrsg.): *Citizens and the State. Beliefs in Government Vol. I*. Oxford, S. 183-205.
- KLÖTI, Ulrich (1998): Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien, in: KRIESI, Hanspeter/LINDER, Wolf/KLÖTI, Ulrich (Hrsg.): *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern, S. 45-72.
- KLÖTI, Ulrich/RISI, Franz Xaver (1988): Zum Vergleich: Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz, in: PELINKA, Anton/PLASSER, Fritz (Hrsg.): *Das Österreichische Parteiensystem*. Wien, S. 717-738.
- KRIESI, Hanspeter (1986): Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*. Bern, S. 333-350.
- KRIESI, Hanspeter et al. (2005). *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: NZZ.
- KRIESI, Hanspeter, Edgar GRANDE, Romain LACHAT, Martin DOLEZAL, Simon BORNSCHIER and Timotheos FREY (im Erscheinen): Globalization and the transformation of the national political space: six European countries compared, in: *European Journal of Political Research*.
- LAAKSO, Markku/TAAGEPERA, Rein (1979): Effective number of parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies*, 1, S. 3-27.
- LADNER, Andreas (1991): *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz*. Zürich.
- LADNER, Andreas (1996): Die Schweizer Lokalparteien im Wandel. Aktuelle Entwicklungstendenzen gefährden die politische Stabilität, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, 2, S. 1-22.
- LADNER, Andreas (1999a): Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien, in: KLÖTI, Ulrich et al. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich, S. 213-260.
- LADNER, Andreas (1999b): Local Parties in Switzerland: An Active Pillar of the Swiss Political System, in: SAIZ, Martin/GESER, Hans (Hrsg.): *Local Parties in Political and Organizational Perspective*. Boulder, S. 213-241.
- LADNER, Andreas (2001): Swiss political parties - between persistence and change, in: *West European Politics*, 2, S. 123-144.
- LADNER, Andreas (2002): Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien, in: KLÖTI, Ulrich et al. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich, S. 211-258.
- LADNER, Andreas (2003): *Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971-2003*. Neuchâtel.
- LADNER, Andreas (2004a): *Stabilität und Wandel. Konfliktlinien, Parteiorganisationen und Parteiensysteme*. Habilitationsschrift an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern. Opladen.
- LADNER, Andreas (2004b): Typologien und Wandel: Die kantonalen Parteiensysteme im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 10(4): 1-30.

- LADNER, Andreas (2005): Die Parteien in der politischen Kommunikation, in: Donges, Patrick (Hrsg.): Politische Kommunikation in der Schweiz. Bern.
- LADNER, Andreas/Arn, Daniel/Friederich, Ueli/Steiner, Reto/Wichtermann, Jürg (2000): Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation. Bern.
- LADNER, Andreas/BRÄNDLE, Michael (1999): Does direct democracy matter for political parties? in: Party Politics, 3, S. 283-302.
- LADNER, Andreas/BRÄNDLE, Michael (2001): Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerparteien? Zürich.
- LANE, Jan-Erik/ERSSON, Svante O. (1994): Politics and Society in Western Europe. London.
- LIPSET, Seymour M./ROKKAN, Stein (1967): Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: LIPSET, Seymour M./ROKKAN, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. New York, S. 1-64.
- LONGCHAMP, Claude (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als eine Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit. Zürich.
- LONGCHAMP, Claude et al. (1995): Hin zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995. Bern.
- LUTZ, Georg (2003): Mobilisierung als Schlüsselfaktor für den Wahlerfolg? In: Sciarini, Pascal/Hardmeier, Sibylle/Vatter, Adrian (Hrsg.): Schweizer Wahlen 1999 – Elections fédérales 1999. Selects, Band 6. Bern/Stuttgart/Wien, S. 59-84.
- MAIR, Peter/Biezen, Ingrid van (1995): Party membership in twenty European democracies, 1980-2000, in: Party Politics, 1, S. 5-21.
- NABHOLZ, Ruth (1998): Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971-1995, in: Kriesi, Hanspeter/Linder, Wolf/Klöti, Ulrich: Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects. Bern, S. 17-43.
- NEIDHART, Leonhard (1986): Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft. Bern, S. 17-43.
- PANEBIANCO, Angelo (1988): Political Parties: Organization and Power. Cambridge: Cambridge University Press.
- PEDERSEN, Morgens (1979): The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: European Journal of Political Research, 7, S. 1-26.
- PIETH, Reto (1978): Schweiz, in: Raschke, Joachim (Hrsg.): Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte - Programme - Praxis. Ein Handbuch. Hamburg, S. 478-495.
- REIF, Karlheinz (1984): Konsolidierungszeitpunkt, Polarisierung, Bipolarität. Einige Anmerkungen zu Rokkan, Sartori und dem Wandel europäischer Parteiensysteme, in: Falter, Jürgen et al. (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim, Opladen, S. 142-152.
- RHINOW, René (1986): Funktionen und Probleme der politischen Parteien in der Schweiz, in: recht, 4, S. 105-119.
- RICKENBACHER, Iwan (1995): Politische Kommunikation. Bern.
- SANI, Giacomo/SARTORI, Giovanni (1983): Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies, in: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems: Continuity and Change. London, S. 307-340.
- SARCINELLI, Ulrich (1997): Von der Parteien- zur Mediendemokratie? Das Beispiel Deutschland, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft? Opladen: Westdeutscher Verlag. 11-23.
- SARTORI, Giovanni (1976): Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Vol. 1. Cambridge.
- SCHNEIDER, Boris (1994): Entstehung der Parteien, in: Staatsbürger, 6, S. 3-5.
- SCIARINI, Pascal et al. (1994): Die Kader der Schweizer Parteien. Zürich.
- SEGESSER, Jürg et al. (Hrsg.) (1996): Neues Staatskundeflexikon. Aarau und Zürich.
- SEILER, Daniel-Louis (1987): Enjeux et partis politiques en Suisse, in: Pouvoirs, 43, S. 115-138.

- SIGELMAN, Lee/YOUGH, Syng Nam (1978): Left-Right Polarization in National Party Systems, in: *Comparative Political Studies*, 11, S. 355-379.
- SMITH, Gordon (1989): A System Perspective of Party System Change, in: *Journal of Theoretical Politics*, 3, S. 349-363.
- SUTER, Christian (Hrsg.) (2000): *Sozialbericht 2000*. Zürich.
- TSCHÄNI, Hans (1990): *Das neue Profil der Schweiz. Konstanz und Wandel in einer alten Demokratie*. Zürich.
- VATTER, Adrian (2002): *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen.
- VOLKENS, Andrea (2001): *Manifesto Research since 1979. From Reliability to validity*, in: Laver, Michael (Hrsg.): *Estimating the Policy Positions of Political Actors*. London/New York, S. 33-49.
- WARE, Alan (1996): *Political Parties and Party Systems*. New York.